



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksversammlung Hamburg-Nord

### Protokollauszug

#### Sitzung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf- Alsterdorf-Groß Borstel vom 25.09.2017

---

Ö 6.4      Durchstich Olenland – Legalen Radweg bauen!      20-4678  
Stellungnahme des Bezirksamtes

---

Herr Kegat erläutert, dass die Mehrheitsfraktion die Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehen könne. Wenn Grundeigentümer dem Verkauf von erforderlichem Grund nicht zustimmten, könne der politische Wunsch folgerichtig nicht zur Umsetzung kommen.

Eine Vertreterin der Wohngemeinschaft Ohlenland e.V. präsentiert gegenüber der politisch angeregten Variante Alternativen zur Förderung des Radverkehrs im Umfeld des Ohlenlandes. Der nahegelegene Weg 654 könne beispielsweise ausgebessert werden, damit dieser auch bei schlechten Witterungsverhältnissen radfahrerfreundlich genutzt werden könne. Weitere Anregungen, auch zu einer Lärmschutzmaßnahme, habe sie der SPD-Fraktion schriftlich mitgeteilt.

Herr Müller kommentiert, dass sich die CDU-Fraktion gewünscht hätte, dass die Antragstellenden Fraktionen zunächst den direkten Kontakt zu Anwohnern gesucht hätten. Die Mehrheitsfraktionen hätten einen politischen Wunsch „durchdrücken“ wollen. Damit sich die CDU-Fraktion in den Lösungsprozess einzubringen könne, bittet er nun um den Schriftverkehr, den es dazu zwischen Bürgern und der SPD-Fraktion gegeben habe.

Zur Nachfrage, ob das PK 34 bislang in den Planungsprozess eingebunden worden sei, antwortet Herr Lagemann, dass das PK 34 Auskünfte zum Ist-Zustand gegeben habe.

Herr Kranz widerspricht der Darstellung von Herrn Müller entschieden. Die Mehrheitsfraktionen hätten sich bei der Antragstellung an übliche Verfahren gehalten, ohne über die Köpfe der Bürger hinweg zu entscheiden. Somit bezeichnet er die Argumentation als Scheindebatte.

Herr Kegat fährt fort, dass er die gewählte Wortwahl als kontraproduktiv und unsachlich auffasse. Vielmehr sollte eine konstruktive politische Debattenkultur anvisiert werden, ohne dass öffentlich Falschdarstellungen geäußert würden.

Um die sich verschärfende Diskussion abubrechen wird ein Antrag zur Geschäftsordnung zur Beendigung der Diskussion nach § 12 (1) BezVG gestellt:

**Abstimmungsergebnis:**  
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen                    : SPD, Grüne, DIE LINKE

Gegenstimmen : CDU

Der Vorsitzende erklärt abschließend, dass alternative Möglichkeiten in den Fraktionen erörtert würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

